

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 11.

Gottschee, am 10. November 1919.

Jahrgang I.

Der Schutz der nationalen Minderheiten in Jugoslawien.

Am 28. Oktober vorigen Jahres war der Zusammenbruch Österreich-Ungarns, dem sofort die Bildung der neuen Nationalstaaten folgte. Während nun in der tschechoslowakischen Republik die nationalen Minderheiten mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, so daß die Tschechoslowakei eigentlich ein Österreich im kleinen Umfange darstellt, ist Jugoslawien ein Nationalstaat — kein Nationalitätenstaat — der Serben, Kroaten und Slowenen.

Nach den vom italienischen Minister des Äußern Tittoni in seiner großen Rede am 27. September l. J. gemachten Angaben stellt sich die Volkszahl der nationalen Minoritäten in Jugoslawien, wie folgt: 530.000 Deutsche, 590.000 Magyaren, 650.000 Albaner, 590.000 Bulgaren und 165.000 Türken. Die Angehörigen der Minderheitsvölker machen also zusammen 5,525.000 Seelen aus, demnach etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Unter der Minderheitsbevölkerung machen die Deutschen rund ein Fünftel aus, im Verhältnisse zur Gesamtbevölkerung Jugoslawiens somit etwa ein Fünfundzwanzigstel (4%).

Der Friedensvertrag von St. Germain hat nun für den Schutz der nationalen Minderheiten in Jugoslawien, ähnlich wie in der Tschechoslowakei, die Schaffung eigener vertragsmäßig zwischen den Hauptmächten und dem Staate der SHS festzulegenden Bestimmungen beschlossen. Gegen diese Bestimmungen hat die südslawische Öffentlichkeit Protest erhoben. In der jugoslawischen Presse wurde hierbei betont, daß dieser Protest nur gegen die Beschränkung und Verletzung der südslawischen Staatsouveränität gerichtet sei und nicht etwa bedeute, daß der südslawische Staat seinen Bürgern deutscher, ungarischer oder anderer nichtsüdslawischer Sprache den angestrebten Schutz verweigern wolle. „Im Gegenteil“, betonte das „Agramer Tagblatt“; „es ist gewiß, daß der südslawische Staat in dieser Hinsicht keinem anderen europäischen Staate nachsteht.“

Der Minister des Innern Svetozar Pribičević äußerte sich bei der Zusammenkunft der Agramer demokratischen Parteiorganisation am 26. Oktober über den Minoritätenschutz, wie folgt: „Wir fürchten auch die Konvention betreffs des Schutzes der Minderheiten nicht. Was diese Konvention betrifft, haben wir nicht dem Prinzipie dieses Schutzes, sondern der Einschränkung der Souveränität unseres Staates widersprochen. Uns Demokraten ist es klar, daß eine Demokratie gegen nationale Minderheiten keine preußische oder magyarische Politik befolgen kann. (Zustimmung.) Wir müssen demnach danach trachten, daß sich diese Minderheiten unserem Staate anschmiegen, daß sie diesen Staat lieb gewinnen, und dies wird geschehen, wenn wir großherzig und von wahren und aufrichtigem Demokratismus durchdrungen sind. Wir widerlegen uns auch nicht

unbedingt der Einschränkung der Staatsouveränität. Wir sind ein Volk, welches mit allen im Frieden leben will, unsere Wünsche — und das ist unsere vollkommene nationale Vereinigung — haben wir verwirklicht und wünschen keinem Volke etwas zu nehmen. Demzufolge können wir auch darauf eingehen, daß auch das als Kulmination der Staatsouveränität betrachtete Recht des Staates zum Kriege beschränkt und der großen Völkerliga zur Entscheidung überlassen werde. Wahrscheinlich wird auch die Souveränität der Großmächte durch diese Völkerliga beschränkt werden. Wir würden bloß wünschen, daß dieses Prinzip des Minderheitenschutzes nicht auf kleine Völker und kleine Staaten beschränkt, sondern gleichmäßig für alle, sowohl großen als kleinen Völker verbindlich sei, denn die großen Völker können ihre Minderheiten stärker unterdrücken, als die kleinen.“

Diese für die sprachlichen Minderheiten in Jugoslawien sehr erfreulichen und begrüßenswerten Äußerungen des Innenministers decken sich ungefähr mit den vom „Agramer Tagblatt“ (26. Oktober) am gleichen Tage über den Minoritätenschutz ausgesprochenen Gedanken. „Der südslawische Staat“, schreibt das genannte Blatt, „kennt keine Bürger erster und zweiter Klasse und hat kein Interesse daran, den geringen Bruchteil seiner fremdsprachigen Staatsangehörigen zu „entnationalisieren“. Sie mögen in nationaler Beziehung ruhig bleiben, was sie bisher waren: Deutsche, Ungarn, Rumänen oder Italiener. Der südslawische Staat verlangt von ihnen nicht, daß sie ihrer Sprache entsagen und sich national als Südslawen fühlen. Nein, es genügt dem südslawischen Staate vollkommen, wenn sie, die hier leben und sterben wollen, ihm die Staatsbürger-treue wahren, die jeder Staatsbürger seinem Staate zu wahren hat. Hat doch die Mehrheit der Südslawen selbst Jahrhunderte hindurch im bitteren Empfinden dahingelebt, daß sie in dem Staate, in dem sie lebten, als Bürger zweiter Klasse gewertet wurden. Sie kennen also die Gefühle, die das Bewußtsein, als nicht ganz vollwertig dem Staate zu gelten, notwendigerweise auslösen muß. Und sie kennen auch die Folgen, die sich für den Staat aus diesen Gefühlen ergeben. Sie werden sich also hüten, den Weg zu gehen, den z. B. die Magyaren gingen, als es noch ein Österreich-Ungarn gab, ganz abgesehen davon, daß der Prozentsatz der fremdsprachigen Staatsbürger des südslawischen Königreiches so gering ist, daß den Südslawen kein nennenswerter nationaler Nutzen daraus erwachsen würde, wenn es auch möglich wäre, diese fremdsprachigen Staatsbürger in Südslawen zu verwandeln. Übrigens ist die nationale Hochflut, die von so viel Haß getragen wurde und so viel Haß erzeugt hat, in der ganzen Welt bereits im Abflauen begriffen. Die Völkerversöhnung ist nicht mehr ein Phantom, ein Hirngespinnst einzelner Phantasten, wie es noch vor zwei Jahren in der kriegsheerischen Presse aller Nationen hieß, sondern sie ist schon in den Bereich der realen Möglichkeit gerückt. Einerseits die drückenden wirtschaftlichen Sorgen und die schweren sozialen Fragen, vor die sich alle Völker und alle Staaten gestellt sehen, anderseits die Reaktion,

die der Krieg, diese entsetzliche Verirrung der Menschheit, überall auslöst, bahnen der Versöhnung der Völker den Weg. Und wir zweifeln nicht daran, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Verbrüderung der Nationen Wirklichkeit sein wird. Welchen Nutzen könnte da der südslawische Staat haben, wenn er, der jung und kraftverheißend am Beginn seines Lebens steht und dem eine glückliche Zukunft winkt — welchen Nutzen könnte dieser Staat von dem Verschwenden seiner Energie an so unzeitgemäße Ziele haben, wie es z. B. die Slawisierung der im Verhältnis zur Staatsgesamttheit so geringen Zahl fremdsprachiger Staatsbürger wäre! Nein, die fremdsprachigen Angehörigen des südslawischen Staates mögen beruhigt sein und ruhig ihrer Arbeit nachgehen. Im Königreiche SHS gibt es nur eine Art von Staatsbürgern, die alle gleich vor dem Gesetze sind. Die Südslawen, die nationalen Haßgefühlen überhaupt weniger zugänglich sind, als etwa die mittel- und westeuropäischen Völker, und die gleich den Russen die Liebe zur Menschheit selbst über die Liebe zur eigenen Nation stellen, werden den fremdsprachigen Angehörigen ihres Staates nicht das geringste Leid zufügen. Und sie würden auch nicht gegen die Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten im St. Germainer Friedensvertrag protestieren, wenn diese Bestimmungen für alle Staaten, die großen und die kleineren, Wert erhalten würden. Denn dann würde dies bedeuten, daß alle Staaten und alle Völker auf eine Beschränkung ihrer Souveränität eingehen, damit der Fortschritt der Menschheit beschleunigt werde."

Wenn künftighin auch in Slowenien die vom Minister Prebichović empfohlene milde und freundliche Behandlung der völkischen Minoritäten — also Abkehr von der Politik der rauhen Hand — tatsächlich ins Werk gesetzt würde, würde dies von der Minorität mit wahrer Freude und aufrichtigem Danke begrüßt werden. Und welche von den Volksminoritäten in Jugoslawien hätte wohl größeren und begründeteren Anspruch auf eine solche freundliche Behandlung als die Gottscheer? Von allen deutschen Siedlungen in ganz Jugoslawien sind es ja gerade die Gottscheer, welche auf die älteste geschichtliche Vergangenheit im Lande zurückblicken. Fällt doch die Besiedlung Gottschees noch ins Mittelalter! Schon seit 600 Jahren gehören die Gottscheer sozusagen zur Familie, schon seit dem 14. Jahrhundert, teilweise noch länger, siedeln sie auf ihrer Scholle, die sie selbst gerodet und urbar gemacht und auf der sie niemanden verdrängt haben. Zwanzig Geschlechterfolgen sind im Ländchen bereits geboren worden, haben es bebaut, gepflegt und geliebt und haben mit ihren slowenischen Nachbarn stets in bester, nie getrübler Eintracht gelebt. Mit ihnen zusammen haben sie als Grenzbewohner Krain auch gegen die wilden, grausamen Türken verteidigen geholfen. Und auch jetzt hängen die Gottscheer, trotz so mancher erlebter Bitterkeiten, mit innigster, geradezu rührender Liebe an ihrer teuren Heimat. Sowie sie vor 600 Jahren den damaligen Landesherren, den Patriarchen von Aquileja, und sodann durch nahezu 500 Jahre dem Hause Habsburg stets in makelloser Treue ergeben waren, so wollen sie sich auch jetzt im jugoslawischen Staate von keinem anderen Stamme an Treue und loyaler Gesinnung übertreffen lassen. Werden wir Gottscheer so behandelt, wie es Minister Prebichović wünscht und empfiehlt, so werden wir dem neuen Staate gegenüber nicht etwa bloß in pflichtgemäßer, kühler Weise unsere staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, sondern wir werden, der ausgesprochenen Erwartung des genannten Ministers aus Überzeugung entsprechend, den Staat immer mehr lieb gewinnen und ihm für die gute Behandlung warmen Dank zollen. Es wird für den Staat gewiß nicht unvorteilhaft sein, wenn er nahe an der Grenze gegen Italien eine durch und durch staats-treue, loyale und zuverlässige Bevölkerung besitzt.

Aus Stadt und Land.

Gottscheer. (Vom Fachschuldienste.) Wir erhalten von sehr geschätzter Seite folgende Zuschrift: Von den nach Deutschösterreich

überstiedelten Lehrkräften der bestandenen Fachschule für Holzbearbeitung in Gottschee sind folgende in Dienst gestellt worden: Herr Professor Wilhelm Heine ist in Wien an den staatlichen gewerblichen Lehranstalten für Textilindustrie, für Korbflechterei und verwandte Techniken und an der neuen Anstalt für Luftfahrwesen in Mauer bei Wien, außerdem an mehreren Fortbildungsschulen beschäftigt, und zwar in nebenamtlicher Stellung mit besonders honorierten 26 wöchentlichen Lehrstunden. Fachschullehrer Herr Josef Elmer wurde an der Staatsfachschule für Holzbearbeitung in Hallstatt als interner Lehrer angestellt; beide Lehrkräfte seit 1. Oktober 1919.

— (Verunglückt.) Wie uns von privater Seite mitgeteilt wird, ist unserem geschätzten Landsmanne Herr Geometer Richard Krauland in Graz bei einer Gebirgspartie in der Gegend von Admont ein schweres Unglück begegnet. Er hatte die Gebirgspartie mit einem anderen befreundeten Geometer unternommen. Dieser stürzte ab und Herr Krauland konnte den Todessturz seines Freundes nicht verhindern, sondern wurde selbst in das Unglück mitverwickelt, stürzte ebenfalls ab und blieb durch zwei Tage hilflos mit gefrorenen, ganz zerschundenen Händen und Füßen liegen. Seine Finger hatten bei den Rettungsversuchen schweren Schaden gelitten. Erst am zweiten Tage nach dem Unglück brachte eine Sennerin, die die Hilferufe hörte, dem Verunglückten Rettung. Das Unglück soll sich vor etwa 6 bis 8 Wochen ereignet haben und den Bericht hierüber sollen deutschösterreichische Blätter in ausführlicher Weise gebracht haben. Da aber diese Blätter noch immer nicht hereingelassen werden, erfuhren wir in der Heimat nichts davon. Vielleicht findet sich ein Landsmann in Steiermark veranlaßt, uns über den Unglücksfall einen genauen, authentischen Bericht zu senden.

— (Innsbrucks Verkehrsbedeutung.) Wie aus Wien berichtet wird, ist der Verkehr zwischen Süd und Nord, West und Ost über Innsbruck überaus lebhaft. Das ist begreiflich, weil Triest und Fiume derzeit aus diesem Verkehr sozusagen ausgeschlossen sind. Innsbruck übernimmt, vorderhand wenigstens, gewissermaßen die Verkehrserbschaft der genannten zwei Adriastädte. Was wird aus Triest unter italienischer Herrschaft werden?

— (Die Valutafrage.) Zunächst werden unsere Banknoten mit besonderen Stempeln versehen werden, im Dezember dieses Jahres erfolgt sodann die Auswechslung der Kronennoten mit den neuen Dinarnoten.

— (Pašić über das Fiumaner Problem.) Pašić äußerte sich: Das Refaprobem wird gewiß mit einem Kompromiß gelöst werden, das niemanden voll befriedigen wird, da dort sich viele Interessen kreuzen. Schließlich bin ich der Ansicht, daß d'Annunzios Staatsstreich ebenso den italienischen wie auch unseren Interessen geschadet hat.

— (Jugoslawien und der Friedensvertrag.) Der Oberste Rat erörterte den Text einer Note, die demnächst an die südslawische und rumänische Regierung geschickt wird. Darin wird mitgeteilt, daß beide Länder den Friedensvertrag mit Bulgarien so lange nicht unterzeichnen dürfen, als sie sich nicht entschlossen haben, den St. Germainer Vertrag zu unterfertigen.

— (Eröffnung der internationalen Arbeitskonferenz.) Die internationale Arbeitskonferenz hielt am 31. Oktober in Washington ihre erste Sitzung. Mr. Wilson, der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, betonte in seiner Begrüßungsrede, daß die Konferenz die erste Anstrengung aller Völker der Erde darstelle, das Arbeitsproblem zu lösen. Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern müssen durch die sicheren Methoden der Erfahrung diktiert, geregelt werden und nicht durch heftige Kämpfe. Die Arbeiten der Konferenz werden aber erst dann Erfolg haben, wenn der Völkerbund ins Leben getreten ist. Dessen Schöpfung gilt heute als gesichert. — Die Teilnahme und Mitarbeit Deutschlands und Österreichs an der internationalen Arbeitskonferenz ist gestattet worden.

— (Einstellung des Warenverkehrs nach Österreich.) Da die an der österreichischen Grenze befindlichen Zoll-

ämter mit verzollbaren Waren überfüllt sind, wurde der Warenverkehr zwischen unserem Staate und Oesterreich auf kurze Zeit eingestellt.

— (Einschränkungen der Reisefreiheit nach Slowenien.) Im Zusammenhange mit der Einschränkung des Zugverkehrs in Slowenien werden Reisebewilligungen für Reisen auf den Strecken, die über Slowenien führen, bis zur weiteren Verfügung nur in dringendsten, unaufschiebbaren Fällen ausgestellt. Jedes Gesuch um Herausgabe eines neuen Reisepasses sowie auch um Verlängerung und Widierung der bereits ausgestellten muß mit entsprechenden Beweisen belegt sein. Die Fahrtrichtung ist genau anzugeben. Bei Reisen in Handels- und Gewerbeangelegenheiten muß die Bestätigung der Handels- und Gewerbekammer beigegeben werden, bei Reisen, die krankheitshalber unternommen werden, das amtliche ärztliche Zeugnis, das die unaufschiebbare Dringlichkeit der Reise bestätigt.

— (Die wachsende Teuerung.) Besonders jene Kreise, die mit einem bescheidenen, fixen Einkommen rechnen müssen, sehen dem Winter sehr besorgt entgegen. Die Teuerung nimmt geradezu unheimliche Formen an, sie wächst von Tag zu Tag, die Preise sind für viele schon unerschwinglich geworden und es hat leider den Anschein, daß sie ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht haben. Das Brennholz ist schwer erhältlich und so enorm hoch im Preise, daß ärmere Leute kaum mehr das Holz für das Kochen erswingen können, von der Zimmerheizung gar nicht zu reden. Wir gehen Zuständen entgegen, wie sie schon vor einem Jahr in Wien existierten. Wer hätte das glauben können in einem Lande, das das Banat und andere Kornkammern sein Eigen nennt!

— (Lebensmittelsendungen an unsere Studenten im Auslande.) Nach den Beschlüssen der Ministerratsitzung am 29. Oktober sind u. a. nunmehr auch kleinere Lebensmittelsendungen an unsere Studenten und Staatsbürger im Auslande durchzulassen, falls sie mit besonderen Ausfuhrscheinen versehen sind.

— (Einschränkung des Eisenbahnverkehrs infolge Kohlenmangels.) Infolge des Kohlenmangels wurden am 31. Oktober mehrere Eisenbahnverkehrseinschränkungen verfügt. Auf den Staatsbahnen verkehren vom 1. November an auf sämtlichen Strecken bloß je zwei Personenzüge hin und zurück. Der Expresszug Wien-Triest wurde vom 3. November an eingestellt. Personenzüge verkehren auf der Südbahn je zwei hin und zurück in allen Richtungen.

— (Elektrische Zentrale in Skrad.) Wie die Handels- und Gewerbekammer in Agram mitteilt, wird in Skrad eine elektrische Zentrale mit 600 HP gegründet werden, welche die Ortschaften Delnice, Ravnagora, Brod a. K., Skrad und die Eisenbahnwerkstätte in Moravica mit elektrischem Strome versehen wird. Das Aktienkapital von 1½ Millionen Kronen wird von heimischen Interessenten zur Verfügung gestellt. Außerdem wird in Skrad eine moderne Wagenfabrik mit dem Aktienkapitale von 2½ Millionen Kronen errichtet. Bis zum kommenden Herbst sollen beide Unternehmungen den Betrieb eröffnen.

— (Die Enquete über die Ausfuhrzölle.) Am 28. Oktober wurde in Belgrad im Handelsministerium eine Enquete über die neueingeführten Ausfuhrzölle abgehalten. Es wurde festgestellt, daß die Verordnung bezüglich der Ausfuhrzölle große Nachteile für den Außenhandel mit sich bringe. In vielen Artikeln, bei denen wir im Auslande ohnedies mit starker Konkurrenz zu kämpfen haben, wird die Ausfuhr einfach unmöglich gemacht, während infolge der neuen Zollverfügungen die Grenzstationen mit Waren derart überfüllt sind, daß eine Menge von Waren verdirbt. Minister Dr. Kramer versprach, dem Ministerrate entsprechende Vorschläge zu machen, und die Enquete wählte einen Ausschuß, der die Frage der Ausfuhrzölle gründlich durchberaten und der Regierung konkrete Vorschläge unterbreiten wird. Die Enquete sprach sich grundsätzlich gegen die Festsetzung von Ausfuhrzöllen aus, die nur bei erstklassigen Lebensmitteln als zulässig zu betrachten seien.

— (Unmöglichkeit der Durchführung des Kom-

pensationsvertrages mit Oesterreich.) Die „Agramer Zeitung“ teilt nach einer Belgrader Meldung mit: Wie wir erfahren, erwachsen uns durch Wien in der Ausführung des Kompensationsvertrages mit Oesterreich solche Schwierigkeiten, daß unsere Regierung auf die Ausführung des Vertrages zu verzichten gedenkt.

— (Maßnahmen gegen den Geldsmuggel.) Die Zolldirektion hat an die Zollbehörden eine Verordnung erlassen, wonach diese Behörden, bei Assistenz der Polizei, die Reisenden, Kouriere, sowie die aus Oesterreich, Bulgarien, Griechenland und Italien anlangende Post zu untersuchen haben. Diese Maßnahmen wurden getroffen, um der Überführung des österreichischen Papiergeldes auf jugoslawisches Territorium und der Ausfuhr unseres Geldes in den Weg zu treten.

— (Die Weinausfuhr aus unserem Staate.) Der Finanzminister hat die Weinausfuhr aus unserem Königreiche ins gesamte Ausland bewilligt.

— (Präsident Masaryk über den Bolschewismus.) In der Festsetzung der Nationalversammlung am 29. Oktober in Prag sprach Präsident Dr. Masaryk auch über den Bolschewismus und sagte, der Bolschewismus Lenins sei in Wirklichkeit ein revolutionärer Anarchismus und eher Syndikalismus als Sozialismus. Die Taktik Lenins erinnere zu stark an Jwan den Schrecklichen. Er halte das große Ziel des russischen Bolschewismus für unerreichbar und rechne damit, daß der Bolschewismus sich nicht werde halten können. Redner sei nicht gegen die Sozialisierung, und die Verstaatlichungen, welche soeben durchgeführt werden, lehren uns, daß die Verstaatlichung nicht immer der Sozialisierung gleichbedeutend sei. Es sei zweifelhaft, ob es den Arbeitern in den ersten Stadien der Sozialisierung besser gehen werde, es sei nicht ganz ausgeschlossen, daß es ihnen auch schlechter gehen könnte. Die Sozialisierung verlange nicht bloß vom Kapitalisten, sondern auch vom Arbeiter Opfer. Zur Sozialisierung ist intensives Nachdenken und genaue Beobachtung der erworbenen Erfahrungen notwendig.

— (Wettbewerb um die ungarische Krone.) Die royalistische Strömung in Ungarn ist gegenwärtig nicht mehr ein bloßer Sonderwunsch gewisser depossidierter Elemente, nicht mehr eine bloße Sehnsucht der alten Adels- und Offizierskaste, sondern es ist kein Zweifel, daß diese Strömung mit Ausnahme der ungarischen Sozialdemokratie, deren Wirkungsfeld aber nicht über Budapest hinausreicht, das ganze Land erfasst hat. Alles will die Wiedererrichtung des Königtums. Das terroristische Experiment der ungarischen Kommunisten hat dem gequälten Lande den Geschmack an der Fortsetzung der Revolution so gründlich ausgetrieben, daß es vom roten Schrecken kopfüber in den Royalismus stürzte. Es wiederholt sich in Ungarn das in größeren Massen nach der französischen Revolution Geschehene. Die politischen Parteien trennt kein grundsätzlicher Gegensatz mehr, sie unterscheiden sich nur in der Personenfrage. Die Legitimisten denken an den ältesten Sohn des gewesenen Kaisers Karl, Otto, für den Erzherzog Josef die Regentschaft zu führen hätte, die Nationalisten wollen Josef selbst als König, die Ententisten dagegen wünschen die Wahl des Herzogs von Teck, eines Bruders der englischen Königin. Eine andere Gruppe wünscht den Herzog von Connaught zum König. Der „Abend“ bemerkt zu dieser royalistischen Bewegung: Die Gefahren, welche dieses Treiben für uns (Oesterreich) bedeutet, werden von Tag zu Tag größer. Die gleichen Gefahren drohen auch der tschechoslowakischen Republik. — Zweifellos stehen heute etwa 90 Prozent der ungarischen Bevölkerung hinter dem christlich-nationalen Programm des Ministerpräsidenten Friedrich, der aus Luegerschem Holz geschnitzt zu sein scheint.

— (Der Tiefstand der österreichischen Krone.) Eine nervöse Unruhe erzeugt der panikartige Kurssturz der österreichischen Krone, die um die Mitte Oktober einen Tiefstand von 4 Centimes erreichte. Die Entente ist durch den Sturz der österreichischen Krone umsomehr beunruhigt, als die Aufbringung von so großen Mengen von Lebensmitteln, wie sie notwendig sind um Deutschösterreich bis zum nächsten Jahre über Wasser zu halten, immer schwieriger wird.

— (Neomarkismus.) Im „Vorwärts“ bekämpft Eduard Bernstein grundsätzlich das falsche Schlagwort der Sozialdemokratie, wonach das Kapital der Todfeind der Arbeiterklasse sei. Bernstein weist nach, daß auch Marx dargelegt habe, wie sehr der Fortschritt der Arbeiterklasse an die Entwicklung des Kapitals gebunden sei. Die Sozialisierung sei nach dem Urteile der Sachverständigen, auch der Unabhängigen, kein Allheilmittel und darum nicht überall anwendbar. Wo aber nicht sozialisiert werden könne, sei das Kapital noch unentbehrlich. Sachkundige unter den Unabhängigen wüßten dies ganz genau und würden, wenn sie zur Regierung kämen, das Kapital genau so schützen müssen, wie es jetzt die Mehrheitssozialisten tun.

— (Die neuen Ausfuhrzölle) werden folgendermaßen festgesetzt: Für Getreide 50%, Hanf 40%, Blatttabak und grünes Gemüse 30%, frisches Obst, Opium, geschnittener Tabak, Zigaretten und Zigarren 20%, gepreßtes Obst 10%, gedörrtes Obst, Fruchtsäfte und eingezuckerte Marmeladen 5%, Pferde, Horn- und Borstenvieh und deren Abfälle 50%, Mastschweine und Spanferkel, Geflügel, Schafschfleisch und Schafspeck 40%, frisches Fleisch und Speck 53%, Esel, Hautabfälle, Federn, Käse und Eier 30%, Bauholz in Rollen 35%, Brenn- und verarbeitetes Bauholz 30%, Olivenöl 50%, Mahlprodukte 40%, Schnäpse 30%, Wein und Branntwein 10%, Seilerprodukte 5%, Kohlen, Gold und Silber 50%, Eisen 40%, Kupfer, Eisen- und Kupferabfälle 30%, Blei 20%. Die übrigen hier nicht angeführten Produkte werden in unverarbeitetem Zustande mit 50%, in verarbeitetem Zustande mit 20% verzollt werden. Aus diesen Zolleinnahmen wird ein besonderer Fonds zur Förderung der Landwirtschaft, insbesondere in den vom Feinde hergenommenen Gegenden, geschaffen werden, in welchen mindestens die Hälfte der eingezahlten Zölle eingelegt wird. — Durch die jetzt neu eingeführten Ausfuhrzölle werden auch die Bedürfnisse unserer wirtschaftlich passiven Gegenden gesichert werden, da beim inneren Lebensmittelhandel der Produzent oder der Kaufmann stets einen mindestens so großen Gewinn erzielen können wie bei der Ausfuhr. Unsere Lebensmittelausfuhr, schreibt das „Agrarier Tagblatt“, wird durch diese Maßnahmen in normale Bahnen geleitet werden, nachdem der Unterschied zwischen den niedrigen inländischen und den hohen ausländischen Preisen durch die hohen Ausfuhrzölle annähernd ausgeglichen werden wird. Wichtig ist die Verfügung der Verordnung über die Ausfuhrzölle, daß beispielsweise für Mahlprodukte bedeutend geringere Zölle eingehoben werden als für Getreide, was für unsere inländische Mühlenindustrie von außerordentlicher Bedeutung ist. Überhaupt hält die Verordnung an dem Grundsatz fest, daß Rohmaterial stets höher als ausgearbeitete Produkte verzollt werden müsse. Damit ist der erste Schritt zur Hebung unserer Industrie getan. Auch für die Regelung unserer Valuta ist diese Neuorganisation unseres Außenhandels sehr wichtig, da durch die Einhebung dieser Zölle dem Staate große Summen zufließen. Weitere Maßnahmen im Zusammenhange mit dieser Verordnung und der Wirkung der Devisenzentrale könnten die Lösung unserer Valutafrage ohne weitere gewaltsame Eingriffe automatisch herbeiführen.

— (Einschränkung des Zugverkehrs.) Wegen des Streiks in den Kohlenwerken der Trifailer Kohlenwerksgesellschaft und des Kohlenmangels ist bekanntlich vom 1. November an der Zugverkehr stark eingeschränkt worden. — In Deutschland wurde mit Rücksicht auf die Transport- und Kohlennot und im Interesse der Kartoffelversorgung eine zehntägige Einstellung des Personenverkehrs verfügt.

— (Liquidierung der 4% Staatsbonds.) Der Finanzminister hat angeordnet, daß die größtenteils Mitte November fälligen 4% Staatsbonds an den Kassen der Delegationen des Finanzministeriums in Agram, Laibach, Sarajewo, Spalato und Neusatz ausbezahlt werden sollen. Die Staatskasse wurde ermächtigt, diese Bonds auch bei Steuerzahlungen anzunehmen.

— (Neuerliche Banknotenabstempelung.) Das „Agrarier Tagblatt“ teilt mit: Wie aus Belgrad gemeldet wird,

sind die Herren Pajadić und Radosavljević mit den fertiggedruckten Stempelmarken zur neuerlichen Kronenabstempelung aus Wien zurückgekehrt, wo diese unter ihrer Kontrolle ausgeführt wurden. Die Stempelmarken sind je nach der Art der Banknoten verschiedenfarbig gehalten und sind leicht voneinander unterscheidbar. Wie verlautet, hat der Ministerrat beschlossen, bei der Abstempelung einen gewissen Teil der Banknoten zurückzubehalten, doch soll der Prozentsatz noch nicht festgestellt sein. Vorerst sollen die 1000- und 100-Kronennoten und nachher die 50-, 20- und 10-Kronennoten zur Abstempelung gelangen. Es sind Vorbereitungen im Zuge, damit die Abstempelung gleichzeitig in allen größeren Zentren des Staates am selben Tage gleichzeitig beginne. Man erwartet von dieser Maßregel einen Schutz gegen den Banknotenschmuggel und die Einschleppung nichtabgestempelter Noten.

— (Die Frage der freien Warenausfuhr.) Das Handelsministerium teilt mit, daß der Beschluß des Handelsministeriums bezüglich der freien Warenausfuhr bloß prinzipielle Bedeutung habe. Alle bisherigen Verfügungen bleiben auch weiterhin in Kraft.

— (Die Ausfuhrzölle.) Der Finanzminister hat sämtlichen Zollämtern aufgetragen, nur solche Ausfuhrwaren über die Grenze zu lassen, die von der Devisenzentrale eine Bestätigung über die für die betreffende Ware bezahlte Zollgebühr aufweisen.

— (Allgemeine Demobilisation?) Am 3. November hielt der Ministerrat in Belgrad eine Sitzung ab, in welcher laufende Angelegenheiten erledigt wurden. Wie verlautet, wurde auch die Frage der allgemeinen Demobilisation besprochen. Es soll noch im November das zweite Aufgebot der Nationalarmee demobilisiert werden. Die Demobilisation des ersten Aufgebotes dürfte bis Ende des Jahres durchgeführt werden.

— (Aufhebung der Zensur.) Der Ministerrat hat beschlossen, die politische Zensur aufzuheben. Nur Nachrichten über das Heer und über Truppenbewegungen bleiben der Zensur unterworfen. — Gilt dieser Beschluß auch für Slowenien?

— (Neue Eisenbahntarife) sind für sämtliche Staatsbahnen unseres Königreiches festgesetzt worden, und zwar sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. Wegen der ungleichen Währung werden die Tarife auf den Strecken über der Drina, Save und Donau in Kronen, jenseits in Dinars berechnet werden. Trotzdem werden aber für sämtliche größere Stationen direkte Fahrkarten zu erhalten sein. Die neuen Tariffsätze werden jetzt ausgearbeitet und werden noch im November in Kraft treten.

— (Massenauswanderung deutscher Arbeiter nach Rußland.) „Matin“ meldet: Der mit der Einwanderung nach Rußland betraute Arbeiterrat in Leipzig unterhandelt mit der russischen Regierung über die Entsendung von 800.000 Arbeitern nach Rußland. Ganze Fabriken sollen zur Verfügung gestellt werden. Den Arbeitern wird die russische Staatszugehörigkeit zugesagt. Dies ist, sagt das Blatt, der Beginn der deutschen Besiedlung Rußlands.

— (Wiens verzweifelte Lage.) Staatssekretär Dr. Bauer führte in einer am 15. Oktober in Wien gehaltenen Rede u. a. aus: „Wir werden des Hungers sterben und erfrieren, falls es die Entente nicht für zweckmäßig hält, uns vor diesem Schicksale zu bewahren. Keine Nation Europas leidet wirtschaftlich und moralisch so schwer durch diese tägliche Verletzung des Selbstbewußtseins. Ich wage es zu behaupten, daß darin ein Teil der Buße für die tragische Schuld liegt.“

— (Die tschechischen Schulen in Wien.) Der Klub der christlichsozialen Gemeinderäte hielt am 14. Oktober unter Vorsitz seines Obmannes Runschak eine mehrstündige Sitzung ab, in welcher die Stellung des Klubs zu den tschechischen Schulen den Gegenstand eingehender Beratung bildete. Der Klub beschloß, der Errichtung dieser Schulen im Hinblick auf die Bestimmungen des Friedensvertrages keinen Widerstand entgegenzusetzen. Er besteht jedoch darauf, daß an diesen Schulen der gleiche Lehrplan und die gleichen Lehrbücher wie an den deutschen Schulen zur Anwendung gelangen, daß ferner nur deutsche Lehrer, welche Be-

fähigung besitzen, in tschechischer Sprache Unterricht zu erteilen und österreichische Staatsbürger sind, angestellt werden dürfen, und daß diese Schulen in jedem Belange den Wiener, bezw. den österreichischen Schulbehörden unterstellt sind.

— (Im Falle des Zusammenbruches Österreichs.) Großes Aufsehen erregte in der am 14. Oktober abgehaltenen Länderkonferenz die Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol Schuhmacher, der meinte, daß die Länder aus Mangel an Vertrauen zur Regierung in Wien und zur Lebensfähigkeit des Staates Österreich an ihrer Absperrungspolitik festhalten. Die Länder müssen Vorsorge treffen, um im Falle des Zusammenbruches ihre Wirtschaft zu sichern.

— (Präsident Masaryk verurteilt den Chauvinismus.) Präsident Masaryk sagte am 14. Oktober in einer Rede in Prag: Durch die blutigen Folgen dieses schrecklichen Krieges sind Europa und die Menschheit genugsam belehrt, wie weit es Habgier, Herrschsucht und Chauvinismus gebracht haben. Alle Nationen, nicht bloß die geschlagenen, sondern auch die Sieger, müssen zu sich kommen, müssen die bisherige Eifersucht überwinden, damit wir uns alle schöpferischer Politik widmen können, welche den Frieden und die wirtschaftliche und kulturelle Gegenseitigkeit sichern.

— (Provisorische Meistbegünstigungszölle für tschechoslowakische Waren in S. H. S.) Der Ministerrat in Belgrad hat beschlossen, allen Waren tschechoslowakischer Herkunft bei der Einfuhr nach dem Königreiche S. H. S. bis zum Abschluß von Handelsverträgen mit der tschechoslowakischen Republik jene Meistbegünstigungszölle zuzuerkennen, die am 1. Juli 1914 Gültigkeit hatten. Ferner werden alle weiteren Privilegien anerkannt, welche für gewisse Warengattungen gewährt werden. Der Beschluß ist am 4. Oktober in Gültigkeit getreten.

— (Ein praktisches Büchlein.) Einem dringenden Bedürfnisse unserer deutschen Schulen Rechnung tragend, hat sich Herr Bezirksschulinspektor Josef Novak der Mühe unterzogen, ein sehr praktisches Büchlein für den ersten Unterricht in der slowenischen Sprache zusammenzustellen. Es ist nach den neuesten Methoden im Sprachunterrichte verfaßt, für die Hand der Schüler als Übungs- und erstes Lehrbuch bestimmt, kann aber auch Erwachsenen, die die slowenische Sprache erlernen wollen, als Hilfsbuch empfohlen werden. Das 1. Heft des Büchleins, betitelt „Slovenska vadnica za nemške ljudske šole, — za poskušnjo sestavil J. N.“ ist im Selbstverlage des Gottscheer Lehrervereines erschienen und kostet K 2.40.

— (Gegen die amerikanischen Fleischkönige in Chicago) hat ein Prozeß begonnen. Es sind dies die Firmen des Fleischtrustes Armour, Swift, Morris, Wilson und Lucasz Compagnie, die „großen Fünf“, die ihre Macht mißbrauchen, um Verbraucher und Erzeuger von Lebensmitteln zu bestehlen, die staatliche wie die internationale Lebensmittellieferung zu unterbinden und die Preise für Fleischwaren und andere Lebensmittel willkürlich in die Höhe zu treiben.

— (Dr. Soukup über Deutschland.) Der frühere tschechoslowakische Justizminister Dr. Soukup äußerte sich kürzlich über Deutschland: Deutschland wird mit zehnfacher Kraft das, was es im Kriege verlor, sich wieder holen. Wir haben gestaunt, was Deutschland vor dem Kriege fertig brachte, und wir werden bald sehen, was das neue republikanische Deutschland nach dem Kriege vermag.

— (Tschechische Volksschulen in Wien.) Zusage den Bedingungen des Friedens und des Minoritätenschutzes werden in Wien voraussichtlich 12 tschechische Volksschulen errichtet werden.

— (Banknotenstand in den verschiedenen Staaten.) Das „Agrar Tagblatt“ schreibt: Nach diesem langen Kriege, der so viele Werte vernichtet hat, leiden beinahe alle Staaten unter der Last einer schlechten Valuta und riesiger Defizite, weswegen uns der Banknotenstand der wichtigsten Staaten umsomehr interessieren muß. Ende August l. J. betrug die Golddeckung in den einzelnen Staaten in Millionen Frs. berechnet: Frankreich 5.572; Deutschland 1.385; Vereinigte Staaten von Nordame-

rika 4.526; Schweiz 467. Unser Staat hatte in Gold 65, in Silber 18, in fremden Valuten 10, in Schecks 287, d. h. insgesamt 380 Millionen Frs. reelle Deckung. Demgegenüber betrug die Ziffer der im Umlauf befindlichen Banknoten in Millionen Frs. berechnet: Frankreich 35.090; Deutschland 36.070; Italien 9.996; Rumänien 1.730; England 1.988; Vereinigte Staaten 12.534; Schweiz 879; S. H. S. 550; Österreichisch-ungarische Bank 45.000. Wir sehen daraus, daß die Metalldeckung, in Prozenten berechnet, folgendermaßen bestellt ist: Frankreich 17%; Deutschland beiläufig 4%; Italien 8%; Rumänien 4%; England 120%; amerikanische Union 30%; Schweiz 50%; S. H. S. 80%, wenn man in die Deckung auch die Deckung der Schecks an die französische Nationalbank einrechnet. Die Österr.-ung. Bank besitzt für die Kronennoten eine Deckung von 0.7%. Die Gesamtsumme des Banknotenstandes der europäischen Staaten beträgt 200 Milliarden Frs.

— (Was der Bolschewismus in Ungarn kostete.) Während der Bolschewikiregierung wurden in Ungarn 2000 Personen getötet. Die vier Monate Bela Kuns kosteten Ungarn über 12 Milliarden Kronen.

— (Die Eigentümer werden gesucht.) Unterm 5. März l. J. hat das Bezirksgericht Gottschee ein Verzeichnis jener Depositen veröffentlicht, die, schon über 30 Jahre alt, nunmehr dem Arar verfallen, falls nicht im Laufe eines Jahres, 6 Wochen und 3 Tagen von anderer Seite das Eigentumsrecht nachgewiesen wird. Soweit die Depositen Gottscheern angehören dürften, seien sie im Nachstehenden angeführt: Schleimer Karl und Theresia, Gottschee, 20 K; Teniz Anton und Kreiner Jakob 11.40 K; Wittine Jakob 8.86 K; Insassen der Gemeinde Mitterdorf samt Insassen von Alindorf, Seele und Mooswald als Weideablosungskapital 27.82 K; Gasparitsch Martin, Hornberg, 13.74 K; Michitsch Gertrud, Hornberg, 3.90 K; Stampel Franz, Hohenegg, 89.14 K; Wolf Jakob, Schwarzenbach, 376.42 K; Insassen von Tiefenreuter 12.36 K; Högler Josef, Tiefenreuter, 28.68 K; Herbst Josef, Retsch, 9.76 K; Kropf Elisabeth, Schalkendorf, 6.76 K; Sturm Matthias und Georg, Schalkendorf, 5.66 K; König Johann und Jakob, Malsgern, 59 K; Hönigmann Paul, Malsgern, und Högler Johann, Rufen-dorf, 125.56 K; Stampf Johann, Weissenstein, 78 K; Eppich Josef, Herbst Georg und Margaretha 11.50 K; Ruppe Josef und Helena, Obermösel, 160.58 K; Rump Georg, Otterbach, 20.86 K; Ladner Michael, Reintal, 12.50 K; Neumann Peter und Maichin Matthias, 13.58 K; Ladner Peter, 3.36 K; Stalzer Margaretha und Kofoschinegg Michael, Rieg, 5.68 K; Michitsch Maria, Rieg, 9.90 K; Wittine Johann, Rieg, 3.84 K; Wuchse Georg, Nesseltal, 18.18 K; Verderber Johann, Nesseltal, 85.30 K; Agnitsch Josef und Gertrud, Rump Maria und Rom Josef, Nesseltal, 407.46 K; Stine Matthias, Reichenau, 97.14 K; Flack Johann, Franz und Josefa, Unterbuchberg, 28 K; Göstel Katharina und Josefa, Preriegel, 5.42 K; Högler Josef, Tiefental, und Siegmund Josef, Ebental, 19.70 K; Groß Matthias, Setsch, 27.36 K; Blatnik Magdalena, Setsch, 69.59 K; Insassen von Setsch, 9.58 K; Ladner Josef, Grassinden, 45.72 K; Loschke Gertrud 63.76 K; Glaz Lorenz und Johann 21.72 K; Meditz Leonhard 167.96 K; Hutter Peter und Magdalena 141.40 K; Högler Alois, Josefa, Andreas, Magdalena 17.26 K; Braune Josef und Maria 26.14 K; Rikel Maria, Ursula und Andreas 95.58 K; Jaklitsch Matthias und Magdalena 21.88 K; Ramor Anna 10.72 K; Falkner Anna 39.10 K; Stine Matthias und Georg 116.30 K; Maurin Peter 165.44 K.

— (Bolschewismus.) Was ist der Bolschewismus? Dr. Totomianz gibt hierauf folgende Beantwortung: Er ist der Klassenkampf bis aufs äußerste, der Bürgerkrieg, die Diktatur des Proletariats auf dem Boden des orthodoxen Marxismus: kurz, der Bolschewismus ist eine Verschmelzung des orthodoxen Marxismus mit dem asiatischen Sozialismus. Die russische bolschewistische Regierung hat die Fabriken, die Banken, die großen Handelshäuser und den Grund und Boden nationalisiert; aber die meisten Zweige

des Handels und der Finanzwirtschaft hat sie nicht berührt. Die bolschewistische Regierung hat viele Staatsmonopole eingeführt. Das bedeutendste ist der Verkauf von Getreide. Eine Folge davon ist, daß die Preise für Getreide und Mehl ungeheuer hoch sind. Die Produkte, die früher in Rußland die billigsten waren, sind jetzt die teuersten geworden. Die Bauern halten ihr Getreide heimlich zurück und zahllose kleine Spekulanten verkaufen in den Städten das Mehl zu dem skandalösen Preise von 20 Franken pro Kilo. Im Handel treibt eine Unmenge von Spekulanten ihr Unwesen, die nicht nur Getreide, sondern auch Butter, Zucker, Schokolade usw. verkaufen. In Moskau zum Beispiel kann man alles bekommen, aber zu Schleichhandelspreisen, nicht zu Höchstpreisen. Man kann also sagen, daß die Nationalisierung oder vielmehr die Einführung von Staatsmonopolen sich durchaus nicht bewährt hat. Das Eigentum der Großgrundbesitzer ist nationalisiert worden. Die Bauern betrachten nun Grund und Boden als ihr Privateigentum. Die Folge der Nationalisierung oder Sozialisierung war, daß viele früher musterhaft verwaltete Güter zugrunde gewirtschaftet wurden. Die Häuser in den Städten sind sozialisiert worden und die Mieter großer Häuser sind sogenannte Miteigentümer, die selbst den Besitz verwalten. Der Verwaltungsausschuß muß die Hälfte der Einkünfte aus den Mieten an die bolschewistische Regierung abliefern, und was dann noch bleibt, reicht nicht einmal mehr aus, das zum Heizen nötige Brennholz zu kaufen. Die Mieterausschüsse haben bereits dreimal die Mieten erhöhen müssen. Die Eigentümer der großen Häuser sind sehr

zufrieden damit, daß die Verwaltungsausschüsse der Mieter Schwierigkeiten haben, und hoffen, wenn alles gut geht, ihre Häuser einmal zurückzubekommen. Das ist das Werk der bolschewistischen Regierung. Es hat auf den Sozialismus sowie auf die Nationalisierung und Sozialisierung das ungünstigste Licht geworfen. Rußland hat ein großes soziales Experiment gemacht und es hat sich herausgestellt, daß es zu kostspielig ist. Es hat allen Nationen gezeigt, welche Gefahr in der Umsetzung des orthodoxen Marxismus in die Wirklichkeit liegt. Die Völker Europas müssen Rußland für diese wertvolle Lektion dankbar sein. Die Idee der Nationalisierung, der Sozialisierung, des Staatssozialismus hat Schiffbruch erlitten. Die gesunde genossenschaftliche Idee wird den Bolschewismus abzulösen haben. Die Ära der Solidarität wird kommen.

— (Das Obst.) Vier Heller eine Pflaume! Man zahlt den Bettel unbesehn, als möchte sich's von selbst verstehen — ich wandle wie im Traume. Vier Heller eine Pflaume! Und merk' es ein für allemal, du mußt sie nehmen ohne Wahl — wer hielte sich im Baume! Vier Heller eine Pflaume, das werden teure Knödel sein. Die Gauner sollen's noch bereuen, im tiefsten Höllenraume. Vier Heller eine Pflaume! Am liebsten sah' man's Lumpenpack, so schamlos plündernd unsren Sack, geknüpft am nächsten Baume!

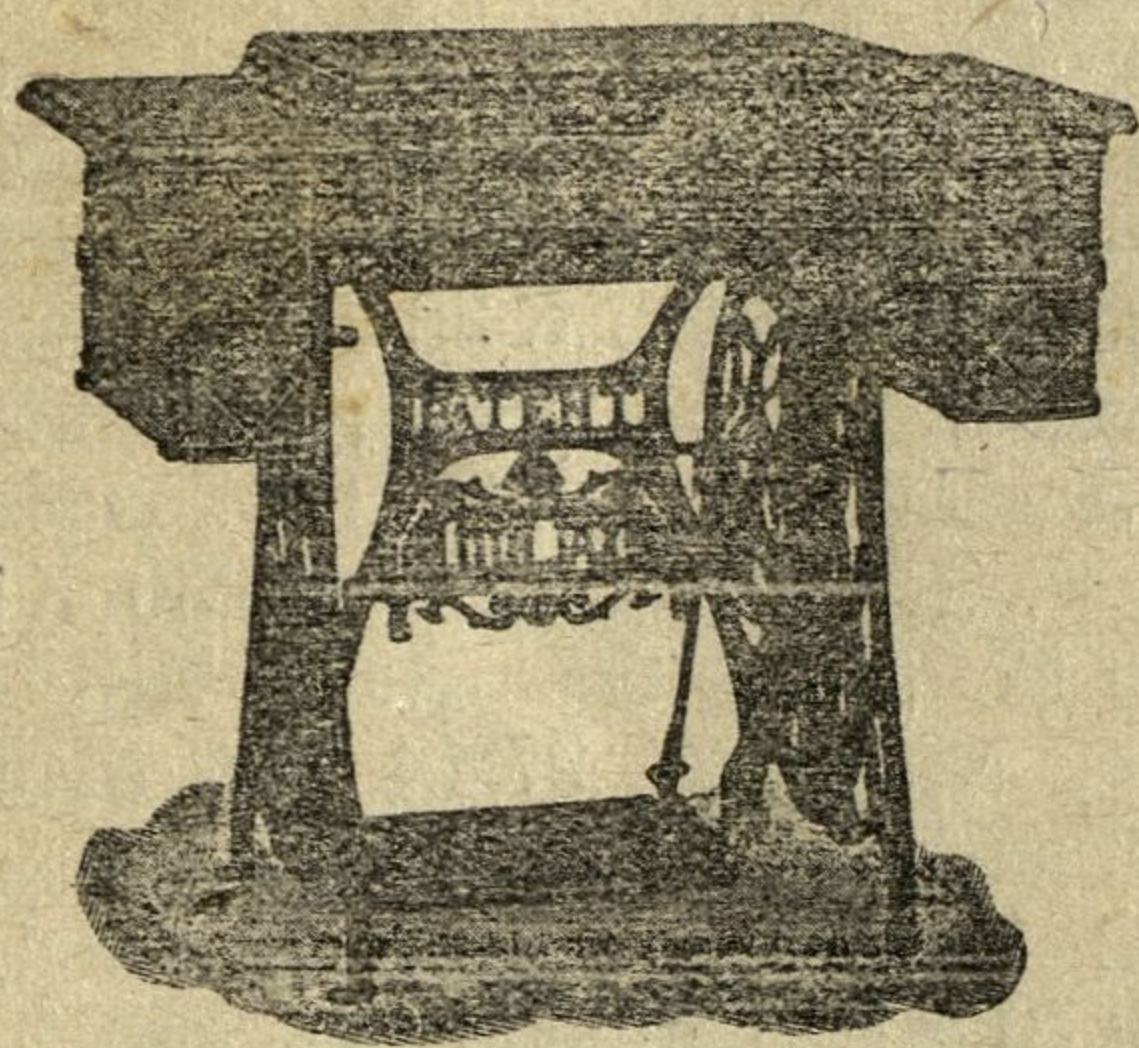
Merleinsrant. (Ein Wolf erlegt.) Im hiesigen Revier wurde am 27. Oktober vom Forsthüter Johann Schaffer ein 38 kg schwerer Wolf erlegt.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder even Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

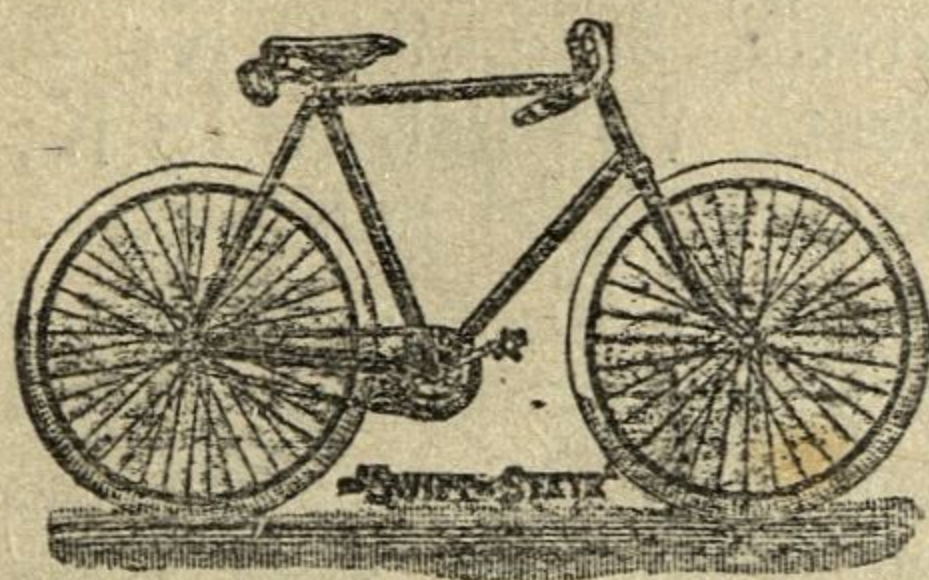
Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Zeitung“ zu beziehen.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten
Fahrräder und Nähmaschinen
für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.
Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn - Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Verein der Deutschen a. Gottschee
in Wien.

Sitz: I., Himmelpfortgasse Nr. 3
wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstraße Nr. 5a.

Mehrere gut erhaltene weingrüne
Startin-Fässer
die bisher in Gebrauch waren, verkauft Anton Hauff d. A. in Gottschee.

**Abonnieret und leset die
Gottscheer Zeitung!**

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtslokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmakttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11.272.732.27.
Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.
Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5, in anderen 4 1/2 %.